



Fédération des Magistrats,  
des Enseignants et du Personnel  
de l'Etat du Valais

Zentralverband der Magistraten,  
der Lehrerschaft und des Personals  
des Staates Wallis

# PRESSEDOKUMENTATION

## INHALT

2

Pressemitteilung

3

Steuersenkungen  
Wie man sich in die Krise  
hinein manövriert

4

PAS1 war nur der Anfang...

5

...PAS2 folgt



Delegiertenversammlung, 7.11.2015

ZMLP – Préfleuri 9, Postfach 503, 1951 Sitten

Tel: 027 323 40 43 Fax: 027 323 40 50

[www.zmlp.ch](http://www.zmlp.ch) / [fmep@netplus.ch](mailto:fmep@netplus.ch)

# Der ZMLP wehrt sich gegen die Lohn-Sparmassnahmen

Dem neusten vom Staatsrat angekündigten Sparpaket von 6.6 Millionen begegnet er mit einem klaren Nein. Es führt zu einer Ungleichbehandlung der Staatsangestellten. Nur ein Teil der Mitarbeitenden wird betroffen und zwar die treuesten und leistungsstärksten Angestellten. Der Grund der negativen Staatsrechnungen ist nicht ein überdimensionierter öffentlicher Dienst. Der ZMLP verlangt die Staatseinnahmen zu überprüfen um einen Abbau der Leistungen an die 332'000 Walliserinnen und Walliser zu verhindern.

Es war Ende August. Die Regierung kündigte für die Staatsangestellten und Lehrpersonen neue Lohnkürzungen in der Höhe von 6.6 Millionen an. Die Erfahrungs- und Leistungszulagen wurden auf das tiefst mögliche Niveau gesenkt (0.6). Das ist nicht nur eine Ungleichbehandlung, sondern auch unverständlich. Die Massnahme trifft vor allem treue und motivierte Angestellte, denen man die angemessene Anerkennung ihrer Arbeit verweigert.

Der ZMLP verlangt die jährliche Überprüfung dieser Massnahme und am Ende die vollständige Kompensation des Verdienstaufschlags, der durch dieses Sparpaket hervorgerufen wird.

## Die Rechnung den Walliserinnen und Wallisern

Die zehn Steuersenkungen seit 2000 machen seit 2012 einen Einnahmenverlust von 242 Millionen pro Jahr aus. Die Bevölkerung erntet die Früchte dieser politischen Wahl. Der Staat muss 120 Millionen pro Jahr finden, wenn er einen Staatshaushalt vorweisen will, der der doppelten Ausgaben und Schuldenbremse entspricht. An wen geht die Rechnung? Zuerst an die Bürgerinnen und Bürger des Kantons. Man wird in den Schulen, in der Gesundheit, im Strassenunterhalt und in der Sicherheit Leistungen reduzieren oder ganz abschaffen. Dann auch an die 18'000 Angestellten des öffentlichen Dienstes. Es sind sie, die sich immer in der ersten Reihe befinden, sie, die die Kürzungen durch die Politik ertragen müssen. Sie auch, die solidarischer denn je sind, um ihrer Stimme Gehör zu schenken.

## Zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt zurückfinden

Einzig gangbarer Weg für den ZMLP und den Grossen Rat: Auf das Steuerniveau zurückkommen, das vor der Lawine der Steuergeschenke, die seit 2000 verteilt wurden, in Kraft war (s. Beilage). Der Staatsrat verfügt seit heute über diese Möglichkeit. Der Artikel 237 des Steuergesetzes (s. Anhang) sieht vor, dass er nach zwei defizitären Staatsrechnungen eine Steuererhöhung vorschlagen kann. Das ist der Fall. Der ZMLP und seine 9500 Mitglieder erwarten von der Politik dass sie ihre Verantwortung wahrnimmt und diese Möglichkeit nutzt. Für die Angestellten und die ganze Kantonsbevölkerung.

Zusätzliche Informationen:

**Marylène Volpi Fournier, Präsidentin des ZMLP**  
unter 078 607 11 06

**Urs Zenhäusern, ZMLP-Direktor**  
unter 079 449 36 31

# Steuersenkungen

## Wie man sich in die Krise hinein manövriert

### **Steuergeschenke: Den Ast absägen, auf dem man sitzt.**

Wie kann man sich 240 Millionen Franken vorenthalten? Der Kanton hat mit einer konsternierenden Sorglosigkeit auf diese Frage geantwortet, mit einem kleinen Wort, das in Wahlzeiten gut ankommt: Steuersenkungen. Bis 2012 haben wir 200 Millionen Steuereinnahmen verloren, seither 242 Millionen. Die Rechnung ist schnell gemacht. Wenn man auf das Steuermodell zurückkommt, das vor 2000 galt, müssten wir heute nicht über die schlechte Gesundheit der Staatsfinanzen debattieren und dagegen ankämpfen.

Beispiel dieser kurzsichtigen Führung: Obwohl die Vorzeichen auf eine Verschlechterung der Staatsbudgets hinweisen, heisst das Parlament 2012 wieder ein Steuergeschenk von 42 Millionen gut. Diese mangelnde Voraussicht wird in cash bezahlt: 2013 weist die Kantonsrechnung ein Defizit von 83 Millionen auf.

### **Referendum des VSE, eine zusätzliche Bedrohung.**

Am vergangenen 20. April hat der Verband der Selbständigerwerbenden rund 4'400 Unterschriften gegen eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern und die Schaffung einer Mindeststeuer auf das Kapital der kleinen und mittleren Unternehmen eingereicht. Diese Massnahmen waren Teil des Dekretes für ein ausgeglichenes Budget 2015, das vom Parlament 2014 genehmigt wurde. Wenn die Walliser Bevölkerung das Referendum in der Volksabstimmung gutheisst, muss der Kanton auf dem Buckel der Walliser Bürger und des öffentlichen Dienstes zusätzliche 26 Millionen einsparen.

### **Reform der Unternehmensbesteuerung, ein neuer Stachel im Fleisch.**

Diese vom Bundesrat lancierte Baustelle zielt darauf ab, die Steuern der Schweizer Unternehmen international abzustimmen, unter anderem, indem gewisse Privilegien für die multinationalen Unternehmungen abgeschafft werden.

Im Wallis würde sich laut Staatsrat Maurice Tornay die Rechnung der Reform auf 40 bis 70 Millionen Franken pro Jahr belaufen. Das Schweizer Parlament muss sich zum Paket noch äussern.

### **Auf die Steuergeschenke zurückkommen, eine obligatorische Etappe?**

Ja. Der ZMLP sieht nicht, wie der Staat seine Sparziele nur mit strukturellen, schon jetzt schmerzhaften Massnahmen erreichen will. Sie werden nicht genügen.

Die Steuern spiegeln die Kosten der Leistungen, von denen eine Bevölkerung profitieren kann: von ihnen hängen unter anderem die Qualität der Bildung, des Gesundheitswesens, des Strassenunterhalts ab. Der Kanton hat seine Leistungen während Jahren verhöckert. Auf einige Steuersenkungen zurückzukommen, würde bedeuten, auf die gerechteste Weise zu einem Gleichgewicht zurückzufinden, indem der Aufwand auf alle Bürger verteilt wird. Ob auf kantonaler oder kommunaler Ebene.

Der ZMLP fordert zudem die Prüfung von weiteren Staatseinnahmen wie z.B. die Gebühren für gewisse Leistungen oder in Rechnungstellung von Leistungen an Dritte.

# PAS1 war nur der Anfang...

## Wenn das Provisorium Wurzeln schlägt.

PAS1 war die erste Stufe der Rakete «Sparmassnahmen» des Kantons. Man kündete sie als provisorisch an, um durch die stürmischen Zeiten zu kommen. Sie sind praktisch definitiv geworden. Die Walliserinnen und Walliser werden z.B. nicht schon morgen einen befriedigenden Betreuungsgrad ihrer Kinder in den Schulen zurückgewinnen.

Auch der Personalstopp wird bis mindestens 2019 verlängert. Die kantonale Verwaltung macht schon viel mit wenig Mitteln. Man verlangt von ihr, mit noch weniger noch viel mehr zu tun. Von 2000 bis 2014 hat die Kantonsbevölkerung um 55'000 Personen zugenommen (+20%). Für den Staat heisst das, sich auf die Leistungen jeder Art, die von diesen neuen Bürgern beansprucht werden, einzustellen, in der Schule, im Spital, auf den Strassen. Finden Sie den Fehler...

## Budget 2016, das Fuder wird noch mehr beladen.

Ende August 2015 kündigt die Regierung zusätzliche Sparmassnahmen in der Höhe von 6.6 Millionen Franken für die Angestellten des öffentlichen Dienstes an. Eine umso unverständlichere Massnahme, als sie die treuesten, motiviertesten und besten Staatsdiener bestraft.

Der ZMLP verlangt, dass diese Massnahme jährlich überprüft wird. Ebenso soll sie sobald als möglich kompensiert werden.

## 4 von 10 Bürgern sagten Nein zu PAS1. Na Und?

Der ZMLP hatte 2014 das Referendum gegen dieses erste Sparpaket lanciert. In der Volkabstimmung hatten 4 von 10 Bürgern Nein zu PAS1 gesagt. Die Regierung behandelte diese Bürger, als ob sie sich nie dazu geäussert hätten. Sie war zwar bereit, einige Sparmassnahmen durch ein wenig Kosmetik leicht zu verlangsamen. Man ist aber weit davon entfernt, die starke Minderheit zur Kenntnis zu nehmen, die sich an den Urnen vom 30. November 2014 geäussert hat. Die sehr grosse Proportion von leeren Stimmzetteln (5300) zeigt die Skepsis der Walliser Bevölkerung gegenüber der ersten Etappe der Sparmassnahmen zusätzlich auf.

# ...PAS2 folgt

## Gespart wird jetzt.

Die zweite Stufe der Rakete «Sparmassnahmen» ist bei weitem die substantiellste. Um über eine neutrale Expertise seines „Lebensstils“ zu verfügen, beauftragte der Kanton das spezialisierte Institut Bakbasel. Sein Verdikt: Einige Leistungen wie die Familienzulagen, die Raumplanung oder die Rentnerunterstützung kosten ein wenig zu viel.

Folge dieser als übertrieben beurteilten Grosszügigkeit: Der Staat Wallis leidet unter einem strukturellen Defizit von 70 Millionen. Die man irgendwo finden muss, um einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu erhalten. Ende Oktober, nach einem internen Prozess des Aufspürens von Sparmöglichkeiten, übermittelten die Dienststellen der Kantonalen Verwaltung ihre Vorschläge. Schon im März 2016 wird der Staatsrat die Massnahmen bestimmen, die ins Budget 2017 aufgenommen werden sollen.

## Anleitung dazu, von einem Extrem ins andere zu fallen.

Der ZMLP sagte es. Er wiederholt es. Er stellt sich nicht gegen die von Bakbasel vorgeschlagenen Massnahmen. Aber wenn der Staatsrat, zu den 70 Millionen von Bakbasel freiwillig zusätzliche 50 Millionen anfügt, ist das untragbar.

## PAS1 traf den Muskel, PAS2 kratzt am Knochen.

Als erste wird die Walliser Bevölkerung die Folgen zu spüren bekommen. Die Reorganisation der staatlichen Leistungen genügt natürlich nicht, um das Sparziel von 120 Millionen zu erreichen. Diese Massnahmen werden notgedrungen zum Abbau oder zur gänzlichen Abschaffung von Leistungen für die Bürger führen. Man spürt sie schon. Im Nouvelliste schrieb kürzlich Serge Métrailler, Direktor des Walliser Baumeisterverbandes (WBV), der wenig bekannt ist für Interventionen zu Gunsten des öffentlichen Dienstes: «36% der Kantonsstrassen sind in einem kritischen Zustand.» Und es gibt Wichtigeres als Strassen: die Bildung, die Sicherheit, alle Gesundheitsdienstleistungen im parastaatlichen Sektor (Spitäler, medizinisch-erzieherische Zentren wie La Castalie). Anderes Beispiel im Nouvelliste vom 29. Oktober, in einem Artikel über den Mangel an Mitteln der Hauspflegedienste. Muriel Favre Torelloz, Ratsmitglied der Stiftung Saint-Jacques, die die Heime von St-Maurice vereint, betont : «Im Vergleich mit dem im letzten Jahr erarbeiteten Budget 2015 wurde es dieses Jahr in der Tat gekürzt, unter anderem in der Personal- und Pflegeplanung, obwohl diese angenommen worden war.»

Und das ist nur ein Vorgeschmack dessen, was uns erwartet.

## Ein gebanntes Publikum.

Die 9500 Mitglieder des ZMLP bilden ein gebanntes, immer in der ersten Reihe sitzendes, leicht auszunehmendes Publikum. Es soll einen grossen Teil der Rechnung bezahlen. Der Verband wird natürlich nicht untätig bleiben. Der Kanton wird nicht um die Grundsatzdebatte über die Anpassung der Steuern herumkommen. Die doppelte Walliser Ausgaben- und Schuldenbremse, eine der strengsten in der Schweiz, muss auch revidiert werden.